

03
Mai/Juni
2020

pvt

POLIZEI VERKEHR + TECHNIK

65. Jahrgang
A 5625 | € 7,50
ISSN (Print) 0722-5962
ISSN (Online) 2509-6869
www.pvtweb.de

Seit 1956 die Fachzeitschrift für Innere Sicherheit

Entschädigung nach Angriff mit Kfz Seite 18



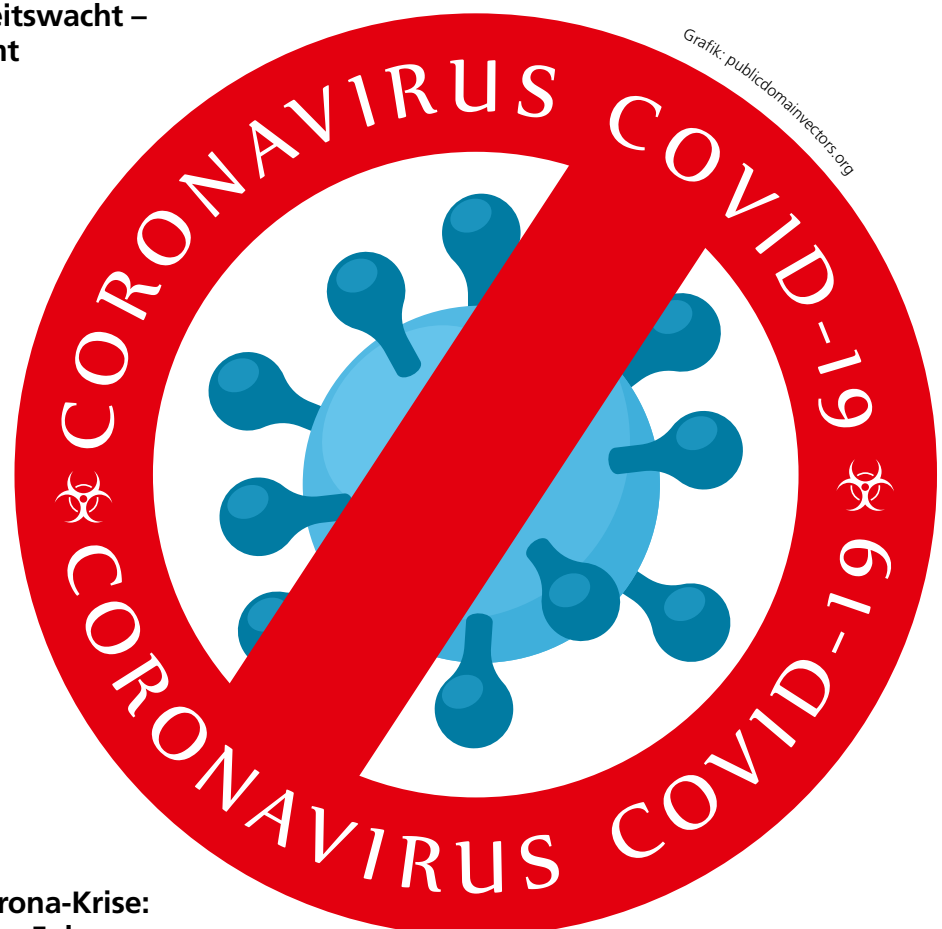
- **Die Corona-Krise: Sicherheitspolitische Folgen** Seite 6
- **Europol-Bericht: Die kriminelle Landschaft nach COVID-19** Seite 10
- **Smart Prevention: Deutscher Präventionstag 2020** Seite 12
- **Weitere Berichte von der GPEC® 2020** Seite 25

■ Inhalt

- 3** Editorial
**Demokratie verteidigen –
Rechtsstaat stärken“**
Georg Maier, Thüringer Minister für Inneres und Kommunales,
Vorsitzender der IMK 2020

Voller Einsatz

- 6** Die Corona-Krise:
Internationale und deutschlandweite
sicherheitspolitische Folgen
Dr. Stefan Goertz
- 10** Jenseits der Pandemie –
Wie wird die kriminelle
Landschaft nach COVID-19 aussehen?
Der neue Europol-Bericht bewertet die
Auswirkungen der Pandemie auf die
schwere und organisierte
Kriminalität in drei Phasen.
- 12** Smart Prevention in Zeiten von Corona
Dr. Claudia Heinzemann,
Prof. h.c. (NMUO) Erich Marks,
Dr. Malte Strathmeier
- 14** Die Bayerische Sicherheitswacht –
das besondere Ehrenamt
- 17** Der Bundesverband
Verkehrssicherheits-
technik e.V. hat seine
Kompetenzen verstärkt
Dr. Uwe Wehrstedt



Die Corona-Krise:
Sicherheitspolitische Folgen –
Seite 6



Praktisches Wissen

- 18** Entschädigung nach Angriff mit Kfz: Was Terroropfern zusteht
Peter Schlanstein

Digital + Innere Sicherheit

- 22** Contact Tracing im öffentlichen Bereich
Hans-Christian Boos
- 24** Ortungssystem für in Not geratene Rettungskräfte
KIT Karlsruher Institut für Technologie

Alles zur Ausrüstung

- 25** Weitere Berichte von der GPEC® 2020
Alles für die Innere Sicherheit



Seite 14

Kompakt-News

- 30** Bund & Länder
- 32** Wirtschaft & Wissenschaft
- 34** Impressum

Titelbild: Thorsten Neuhaus, pixelio

Die Corona-Krise: Internationale und deutschlandweite sicherheitspolitische Folgen

Dr. Stefan Goertz

Dieser Beitrag untersucht die aktuellen sicherheitspolitischen Folgen von Corona und Covid-19 für Deutschland und die Welt. Dabei unter anderem Russland, die Ukraine und die Corona-Krise, den massiven Anstieg der Waffenverkäufe in den USA, Corona als Risiko für die iranische Regierung, Covid-19 in Krisengebieten der „zweiten“ und „dritten“ Welt, Warnungen des BMI und des BfV vor rechtsextremistisch-terroristischen Anschlägen, einen linksextremistischen Anschlag in Berlin sowie ausführlich den Zusammenhang Corona und Cybercrime.

Russland, die Ukraine und die Corona-Krise

Dadurch, dass im Augenblick die weltweite politische und mediale Aufmerksamkeit auf Corona und Covid-19 gerichtet ist, kann Russland – nahezu unbemerkt – seine Aggression gegen die Ukraine fortsetzen. Kurz gesagt, die Ukraine ist seit Corona nicht mehr auf der politischen Prioritätenliste Europas. So ist die Ukraine von der Waffenruhe, die im Dezember 2019 von Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland vereinbart wurde, noch weit entfernt. So hindern unter dem Vorwand der Corona-Krise die bewaffneten Kräfte der völkerrechtlich illegalen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk seit Wochen die Überwachungsmission der OSZE am freien Zugang zu ihrem Territorium.

Darüber hinaus nutzt die russische Regierung Corona für eine Kampagne zur Aufhebung der westlichen Sanktionen wegen der Krim-Annexion und der russischen Okkupation ostukrainischer Gebiete. So fordert Putin, für die Dauer der Krise alle internationalen Sanktionen auszusetzen, die nicht vom UN-Sicherheitsrat verhängt wurden, wo Russland ein Vetorecht besitzt.

Hierbei kommt es der russischen Regierung entgegen, dass die neue ukrainische Führung unter Präsident Wolodymyr Selenskyi in der Hoffnung auf einen baldigen Frieden im Donbass geneigt zu sein scheint, erhebliche Zugeständnisse zu machen. So gab Selenskyis Präsidentschaftsleiter Andrij Jermak, der die Verhandlungen mit Russland führt seine Zustimmung zur Installierung eines „Beratungsgremiums“,

das paritätisch aus Vertretern der Ukraine und Repräsentanten der „Volksrepubliken“ zusammengesetzt sein soll. Dies käme allerdings einer impliziten Anerkennung der „separatistischen“ Scheinregierungen gleich, was für lange Zeit entscheidenden Einfluss durch Russland bedeuten würde.

Massiver Anstieg der Waffenverkäufe in den USA

Das FBI berichtet aktuell über einen signifikanten Anstieg der Waffenverkäufe in den USA. So wurden allein im März 2020, zu Beginn der Corona-Krise in den USA, über 2,5 Millionen Waffen verkauft, ca. 85 Prozent mehr als im Monat Februar 2020. Branchenexperten sprechen von einem historischen Verkaufshoch. Es scheint vor allem das gestörte Sicherheitsgefühl vieler US-Amerika-

ner in Zeiten der Pandemie zu sein, was zu diesem Anstieg führt. „Die Menschen sind nervös und fürchten zivile Unruhen, wenn eine große Anzahl von Menschen krank ist und eine große Anzahl von Einrichtungen nicht normal funktioniert“, sagt Timothy Lytton, Waffenexperte und Professor an der Georgia State University im Gespräch mit der New York Times. „Sie haben möglicherweise Angst, dass sie sich selbst schützen müssen, wenn die Staatsorgane zu ero-dieren beginnen“.

reisten, trugen Hunderte von ihnen das Coronavirus in sich. Eine Folge davon ist, dass die 200 Millionen Muslime in Indien nun von „religiösen Hetzern“ angegriffen werden. So verbreiten sich auf Twitter in Indien Hashtags wie #CoronaJihad oder #MuslimVirus. Ein bekannter rechtsnationalistischer Fernsehmoderator erklärte öffentlich: „Diese Lockdown-Betrüger haben uns alle gefährdet. Wir waren am Gewinnen, da taten sie alles, um uns zu besiegen“. Auch Politiker der Hindu-nationalistischen Regie-

Die muslimische Tablighi Jamaat wird auch außerhalb Indiens für das Verbreiten von Corona verantwortlich gemacht. In Malaysia sollen zwei Drittel aller Corona-Infektionen mit einem Treffen von 16.000 Tablighi Jamaat-Anhängern in Verbindung stehen. Und in Pakistan soll die Zahl der Corona-Infektionen wegen einer Zusammenkunft von 150.000 Muslimen in Lahore in die Höhe geschneit sein.

Corona als Risiko für die iranische Regierung?

Die iranische Regierung hat die Kontrolle über die Ausbreitung von Corona weitgehend verloren und damit das Vertrauen der Bevölkerung weiter untergraben. Wie kritisch die Lage ist, verdeutlicht eine am 18.3.2020 durch internationale TV-Sender wie Al-Jazeera publik gemachte Studie der Technischen Sharif-Universität in Teheran, die sogar in Irans Staatsmedien Erwähnung fand. Mithilfe von statistischen Computermodellen hatten Fachmediziner dort drei Szenarien entwickelt, die den potenziellen weiteren Verlauf simulierten. Das realistischste Szenario war das dritte, vom schlimmsten Fall ausgehende. Entsprechend müsste man in Iran mit einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems rechnen, was bis zu 3,5 Millionen Tote zur Folge haben könnte. Dazu käme es, so die Wissenschaftler, wenn die Bevölkerung mehrheitlich den Corona-Schutz-Anordnungen der Regierung nicht Folge leisten und die Regierung selbst nicht den Großteil Irans oder idealerweise das gesamte Land einer strengen Quarantäne unterwerfen würde.



Quelle: commons.wikimedia.org, Michael McConville

Alleine im März 2020 wurden in den USA über 2,5 Millionen Waffen verkauft

In New York-Manhattan und in Chicago haben viele Geschäfte ihre Schaufenster verriegelt, die Inhaber befürchteten Plünderungen. Das Unsicherheitsgefühl vieler US-Bürger wird in Zeiten von Corona noch dadurch verstärkt, dass die Polizei wegen Corona-Infektionen in den eigenen Reihen vielerorts personell geschwächt ist. In New York City ist schon jetzt jeder sechste Beamte krank oder in Quarantäne. Das notorisch gewaltbelastete Detroit verzeichnet ebenfalls steigende Infektionszahlen bei Polizeibeamten. In den USA insgesamt gab es im Jahr 2018 über 393 Millionen Waffen in Privatbesitz.

rungspar-tei BJP vertreten solche Auffassungen. Ein führender Vertreter der BJP twitterte über einen „islamischen Aufstand“, der gerade in Indien stattfindet. In Delhi wurde das Hauptquartier der muslimischen Tablighi Jamaat versiegelt, die umliegenden Straßen wurden abgeriegelt.

Muslime als angebliche „Superspreeder“: Indiens religiöse Spannungen werden von der Corona-Krise verschärft

Ein mehrwöchiges religiöses Treffen von indischen Muslimen Anfang März in Indien wird von vielen Indern als „Superspreeder“-Vorfall in der Corona-Krise angesehen. Tausende von muslimischen Laienpredigern reisten Anfang März in die indische Hauptstadt Delhi, sie kamen aus mehreren Ländern und halb Indien. Sie versammelten sich im Hauptquartier der Tablighi Jamaat, einer islamischen Missionsbewegung mit weltweit 80 Millionen Mitgliedern. Als sie ab-



Quelle: commons.wikimedia.org, Alex Furr

Jama Masjid ist die größte Moschee in Indien

Covid-19 in Krisengebieten der „zweiten“ und „dritten“ Welt

Krisengebiete wie Kolumbien, Mali, Syrien und Jemen sind in der Corona-Pandemie besonders gefährdet. Gerade in schwachen Staaten der „zweiten“ und „dritten“ Welt kann Corona ein Vakuum schaffen, das sich Terroristen und Konfliktparteien zunutze machen. Wo Menschen ohnehin schon politisch und wirtschaftlich besonders verwundbar sind, macht Corona sie noch verwundbarer. Kolumbien hat zwar Anfang April 2020 erst gut 500 registrierte Corona-Fälle, die Regierung ist aber schon jetzt überfordert damit, die Infektionen einzudämmen. Nach Syrien ist Kolumbien das Land mit den zweitmeisten Binnenflüchtlingen weltweit, der mehr als 50 Jahre währende Bürgerkrieg hat viele Menschen mittellos gemacht. Dazu kommt, dass die Kolumbianer wenig Aussicht auf gute Betreuung haben: Von 5.300 Intensivbetten sind derzeit nur etwa 1.000 für Corona-Patienten frei. Epidemiologen rechnen aber sehr bald mit mindestens 24.000 Fällen.

Ähnliches droht in Mali, die Unsicherheit in dem westafrikanischen Land wird immer größer. Milizen liefern sich seit Jahren Kämpfe, Terroristen verüben Anschläge, Tausende sind bereits umgekommen. Ende März 2020 meldeten die Behörden den bisher schwersten Anschlag auf die malische Armee in diesem Jahr, es folgten die ersten bestätigten Corona-Fälle, mindestens 18. Steigen die Fallzahlen steil an, dürften die Terroristen profitieren. Der malische Staat hätte ihnen dann noch weniger entgegenzusetzen. In weiten Landesteilen hat die Regierung ohnehin keine Kontrolle mehr, ein unkontrollierter Ausbruch der Viruserkrankung wäre verheerend, das Gesundheitssystem ist nicht gewappnet. Umgerechnet kommt auf eine Million Menschen nicht einmal ein Beatmungsgerät.

Länder, in denen Konflikte toben, sind besonders schlecht auf Corona vorbereitet. Die Krankenhäuser sind oft in desolatem Zustand, es mangelt am Notwendigsten. Jahrelange Kämpfe haben häufig dazu geführt, dass Menschen in Flüchtlingsunterkünften leben müssen, wo sich Corona besonders schnell verbreitet. Zu befürchten ist dies vor allem in Syrien, hier: in Idlib, der letzten noch nicht vom System Assad zurückeroberten Rebellenhochburg. Noch dominieren in Idlib Islamisten und Dschihadisten, in deren Herrschaftsbereich gibt es keine funktionierende Verwaltung und kein brauchbares Gesundheitssystem. Und erst Anfang April 2020 brachte die Weltgesundheitsorganisation WHO 300 Test-Kits nach Idlib. In Id-

lib im Nordwesten Syriens leben rund drei Millionen Flüchtlinge, gut ein Drittel lebt in Zeltlagern und Notunterkünften. Dort ist Social Distancing unmöglich, es mangelt an Wasser, die hygienischen Bedingungen sind höchst problematisch. Hinzu kommt, dass das System Assad die wenigen noch funktionierenden Krankenhäuser angreift. Inzwischen wurden die ersten Covid-19-Fälle auch aus von Assad kontrollierten Landesteilen gemeldet, die Behörden haben eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Das im Krieg heruntergewirtschaftete syrische Gesundheitssystem dürfte einen Massenausbruch kaum unter Kontrolle bringen.

Quelle: commons.wikimedia.org, Voice of America News, Scott Bobb



Bürgerkriegsgebiete wie Syrien sind besonders anfällig für Corona

Das Bundesministerium des Innern und das Bundesamt für Verfassungsschutz warnen vor rechtsextremistisch-terroristischen Anschlägen

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundesministerium des Innern setzten Anfang April 2020 die Obleute des Innenausschusses über Aktivitäten innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Kenntnis. So sollen sich Mitglieder sogenannter Prepper-Gruppen auf einen angeblichen Tag X in Deutschland vorbereiten, an dem die öffentliche Ordnung zusammenbrechen soll. In Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sollen Waffen und Munition aus Verstecken, sogenannten Safehouses, geholt worden sein. Konstantin Kuhle, innenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, betonte, immer häufiger tauche bei deutschen Rechtsextremisten die Hoffnung auf bürgerkriegsähnliche Zustände auf, in denen die verhassten etablierten Strukturen in Politik und Gesellschaft beseitigt werden sollen. Laut Kuhle ist die öffentliche Verunsicherung der aktuellen

Corona-Krise geeignet, dieses rechtsextremistische Narrativ zu befördern. Daher müsse der Verfolgungsdruck auf rechts-extremistische Strukturen gerade in Krisenzeiten aufrechterhalten werden, offene Haftbefehle gegen Rechtsextremisten vollstreckt und militante rechtsextremistische Gruppierungen aufgelöst werden.

Bestärkt fühlen sich rechtsextremistische deutsche Gruppen durch ein sieben Jahre altes Papier des Bundestages, das in der Prepper-Szene kursiert. Im Januar 2013 legte der Bundestag unter Federführung des Robert-Koch-Instituts eine Risikoanalyse "Pandemie durch Virus Modi-SARS" vor,

das sich wie das Drehbuch für die aktuelle Coronavirus-SARS-CoV-2-Pandemie liest. Darin heißt es: „Zum Höhepunkt der ersten Erkrankungswelle nach ca. 300 Tagen sind ca. 6 Millionen Menschen in Deutschland an Modi-SARS erkrankt. Das Gesundheitssystem wird vor immense Herausforderungen gestellt, die nicht bewältigt werden können“. Es sei „mit immens hohen Opferzahlen und gravierenden Auswirkungen auf unterschiedliche Schutzgutbereiche zu rechnen“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft aktuell etwa 13.000 Rechtsextremisten als gewaltbereit ein.

Linksextremistischer Anschlag auf das Heinrich-Hertz-Institut

Am 14.4.2020 verübten Linksextremisten eine Brandstiftung gegen freiliegende Versorgungskabel in einer Baugrube an der Franklinstraße in Berlin-Charlottenburg. Das Landeskriminalamt leitete daraufhin Ermittlungen wegen des Verdachts auf Brandstiftung ein. Kurz nach dem Brand hatten Linksextremisten auf der Internetseite Indymedia ein Bekenner-schreiben veröffentlicht, in dem sich eine

„Vulkangruppe shut down the power“ zur „Sabotage einer Datenleitung zum Heinrich-Hertz-Institut“ bekennt. Das Institut für Nachrichtentechnik arbeitet im Augenblick an einer Corona-App, mit deren Hilfe Corona-Infizierte und deren Kontakte schneller nachvollzogen werden können. Die linksextremistischen Verfasser des Bekennerschreibens sehen in der Corona-App eine „Aufweichung der Grundrechte“.

Corona-Amtshilfe der Bundeswehr: Der Sanitätsdienst ist an seiner Grenze angelangt

Bei der Corona-Amtshilfe für Länder und Kommunen stößt die Bundeswehr besonders im Hinblick auf ihre Sanitätsausstattung an ihre Grenzen. Zudem sind die Bundeswehr-Ärzte bereits jetzt in die Bewältigung der Pandemie eingebunden. So stellen die fünf Bundeswehrkrankenhäuser aktuell rund 80 Prozent ihrer Kapazitäten für die zivile Gesundheitsversorgung zur Verfügung. Außerdem werden mobile Einheiten des Sanitätsdienstes in Bereitschaft gehalten, die bei Bedarf eingesetzte zivile wie militärische Kräfte unterstützen können. In einem Brief an den Verteidigungsausschuss des Bundestages Anfang April 2020 warnte der Abteilungsleiter Strategie und Einsatz des Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Bernd Schütt: Aufgrund der angespannten Marktsituation in der Beschaffung und des Eigenbedarfs der Bundeswehrkrankenhäuser in der Gesundheitsversorgung stößt die Bundeswehr auch an Grenzen in der Unterstützung mit persönlicher Schutzausstattung und medizinischem Gerät. Dies gilt insbesondere für Beatmungsgeräte.

Auch bei der Unterstützung anderer europäischer Länder wie Frankreich und Italien, aus denen die Luftwaffe in den vergangenen Tagen an Covid-19 erkrankte Intensivpatienten in deutsche Krankenhäuser geflogen habe, kommt der Sanitätsdienst der Bundeswehr nach Angaben von General Schütt an seine Grenzen in den Bundeswehrkrankenhäusern.

Corona und Cybercrime

Die Corona-Krise macht nicht nur die Internetnutzer nervös, im Home-Office von Millionen Deutschen fehlen vielen auch eine Firewall oder ein Virenschutz. Deswegen warnen IT-Sicherheits-Experten vor einer Cybercrime-Welle ungekannten Ausmaßes. Seit Januar 2020 verzeichnet beispielsweise die IT-Sicherheitsfirma DomainTools, die den Bereich Verwalter von Internet-Adressen, der Domains, beobachtet, deutlich mehr

neue Registrierungen von Internetadressen, die mit dem Coronavirus zu tun haben, zum Beispiel „covid19help.com“, „testmycorona.com“ und andere. Ebenfalls im Januar 2020 wurden zahlreiche Adressen mit den Begriffen „Coronavirus“ und „Wuhan“ registriert, ab Februar kam der Begriff „Covid-19“ dazu. Alleine im März 2020 wurden über 60.000 Adressen im Kontext zu Corona registriert und der Großteil der registrierten Seiten dürfte von opportunistischen Cyberkriminellen registriert worden sein, die mit der Krise Geld verdienen wollen.

Quasi über Nacht mussten Millionen Europäer sich drastisch umstellen, aus einem von IT-Profis geschützten Netzwerk zogen sie um an einen Heimarbeitsplatz, wo sie keine Unternehmens-Firewalls und keine professionellen Antivirus-Programme schützen. Für IT-Sicherheitsspezialisten, die normalerweise Firmennetze betreuen, ist die Umstellung noch schwieriger als für viele andere.

Der Sicherheitsexperte Michael Krausz, Chef des IT-Sicherheitsunternehmens ISC-Group, warnt vor vermehrten Cyberangriffen gegen Einrichtungen, die in der Corona-Krise für die Versorgung wichtig sind: „Die Angriffe fokussieren sich jetzt auf Unternehmen, die für die Versorgung der Menschen gerade wichtig sind, etwa Essenslieferdienste.“ Betriebe aus den jetzt besonders notwendigen Branchen, die in die Bereiche IT und Sicherheit unterinvestiert haben, sind jetzt auf der Zielliste beziehungsweise werden leicht zu Opfern, dazu gehören auch Logistikunternehmen.

Die Zahl der Social-Engineering-Angriffe mit Pandemie-Bezug sind bereits erheblich und werden noch weiter ansteigen, warnt Europol. So führte Europol Ende März 2020 in einer Pressemitteilung aus, dass Cyberattacken seit Ausbruch von Corona massiv zugenommen haben und diese Entwicklung sich noch für Monate bestätigen wird, manifestiert durch sehr viele unterschiedliche Malware-Programme. So meldete beispielsweise Tschechien, dass das Brno Universitätsklinikum sein gesamtes IT-System aussetzen, Operationen verschieben und Akut-Patienten zu weit entfernten Kliniken verweisen musste.

Apps mit Schadsoftware, Tracking-Apps, die anzeigen, wo Covid-19-Erkrankte wohnen oder unterwegs sind, werden von Cyber-Kriminellen benutzt, um Nutzerinnen und Nutzer mit Malware-Apps zu infizieren. Beispielsweise wurden in Südkorea die Standortdaten nachweislich Corona-infizierter Menschen bereits anonymisiert veröffentlicht und in Österreich versucht das Rote Kreuz, ein anonymisiertes Kontakt-Management per App zu etablieren. Auch in Deutschland versuchen

Cyber-Kriminelle, angebliche Covid-19-Tracker zu verbreiten, mit dem Ziel, Schadsoftware vom Banking- bis zum Verschlüsselungstrojaner auf Smartphones und Tablets zu schleusen. Wie auf sehr vielen Internetseiten und in sozialen Netzwerken verbreiten Cyber-Kriminelle und Trolle ihre Falschmeldungen auch über Apps.

Auf manipulierten und kopierten Webseiten gelangen zahlreiche Nutzer über Suchmaschinen-Treffer, weil Begriffe wie Corona oder Covid-19 Teil der Internetadresse sind. Aber auch per E-Mail kommen Links zu solchen gefährlichen Pseudo-Angeboten. Dann infiziert sich der Rechner entweder aufgrund einer Sicherheitslücke gleich beim Öffnen der Seite, oder Nutzer werden dazu gebracht, einen Download zu starten. Doch statt der erhofften Informationen, etwa eine Virus-Ausbreitungskarte, gelangt Schadsoftware auf den Rechner. Eine der am häufigsten gefälschten Corona-Karten ist die der US-amerikanischen Johns-Hopkins-Universität. Nach Aussagen des IT-Sicherheitsforschers Brian Krebs wimmelt es im Internet nur so vor Fälschungen zu Corona-Informationen. Auch Malware-Dauerbrenner wie der Verschlüsselungs-Trojaner Emotet kursieren in Zeiten von Corona wieder verstärkt und werden in E-Mails mit vermeintlichen Neuigkeiten, Warnungen und Informationen zum Corona-Virus verschickt. Auch ein Computervirus namens „CoronaVirus“ existiert bereits. So beinhalten Spam- und Phishing-Mails häufig Fake-Angebote rund um gefragte Waren wie Atemschutzmasken oder Desinfektionsmittel. Auch die Namen von Universitäten und selbst der WHO werden missbraucht, um Covid-19-Post zu verbreiten.

Die meisten IT-Experten sind sich sicher: Die Coronavirus-Cyberwelle steht erst am Anfang. Die Furcht vor dem Erreger wird auf absehbare Zeit der wichtigste psychologische Angelhaken für den Großteil der Cyberattacken bleiben.

Fazit

Diese Pandemie von historischem Ausmaß kann als deutschlandweiter und internationaler sicherheitspolitischer Katalysator fungieren und zahlreiche sicherheitspolitische Probleme mit weitreichenden Folgen auslösen.

Dr. Stefan Goertz
Oberregierungsrat, Bundespolizei
Hochschule des Bundes,
Lübeck
E-Mail: autor@pvtweb.de

Jenseits der Pandemie – Wie wird die kriminelle Landschaft nach COVID-19 aussehen?



Quellen: Europol

Der neue Europol-Bericht bewertet die Auswirkungen der Pandemie auf die schwere und organisierte Kriminalität in drei Phasen.

Auf der Grundlage krimineller Informationen aus Ermittlungen in den Mitgliedstaaten bewertet Europol die Auswirkungen der Pandemie in drei Phasen; aktuelle, mittel- und langfristige Phase. Der Bericht sieht Entwicklungen in der gesamten Bedrohungslandschaft vorher, die sich operativ auf die Strafverfolgungsbehörden in ganz Europa auswirken werden. Europol identifiziert außerdem fünf Schlüsselfaktoren, die das organisierte Verbrechen während und nach der Pandemie beeinflussen.

Es ist schwierig, die langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die schwere und organisierte Kriminalität in der EU vorwegzunehmen. Europol kann jedoch auf frühere Krisenmomente wie die Wirtschaftskrise von 2007 und 2008 zurückblicken und wie sich diese im Hinblick auf Sicherheitsbedrohungen ausgewirkt haben, um allgemeine Entwicklungen vorherzusehen.



Die drei Phasen

Phase 1 - die aktuelle Situation

Die Überwachungsbemühungen von Europol, um die Auswirkungen auf die schwere und organisierte Kriminalität in der EU zu verstehen, konzentrierten sich bisher auf unmittelbare Entwicklungen nach dem COVID-19-Ausbruch und die Einführung von Quarantänemaßnahmen. Die Krimi-

nalität im Zusammenhang mit COVID-19, insbesondere Cyberkriminalität, Betrug und Fälschung, ist der Ausbreitung der Pandemie über ganz Europa gefolgt. Weitere Informationen zur aktuellen Situation sind in den früheren Berichten von Europol, die im März und April 2020 veröffentlicht wurden, zu finden.

Phase 2 - mittelfristiger Ausblick:

Durch eine Lockerung der Sperrmaßnahmen werden die kriminellen Aktivitäten auf das vorherige Niveau zurückkehren und die gleichen Aktivitäten wie vor der Pandemie aufweisen. Die Pandemie dürfte jedoch neue Möglichkeiten für kriminelle Aktivitäten geschaffen haben, die über das Ende der aktuellen Krise hinaus ausgenutzt werden. Es wird erwartet, dass sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und die Aktivitäten derjenigen, die sie ausnutzen wollen, erst mittelfristig bemerkbar machen und sich wahrscheinlich erst längerfristig vollständig manifestieren werden. Einige der relevanten Kriminalitätsbereiche sind:

- Bekämpfung der Geldwäsche: Die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen werden das Finanzsystem und den Bankensektor erheblich unter Druck setzen. Die Behörden zur Bekämpfung der Geldwäsche müssen wachsam sein und sollten Versuche von OK-Gruppen erwarten, eine volatile wirtschaftliche Situation auszunutzen, um Geld über das Inland-Finanzsystem zu waschen.
- Schein-Unternehmen: Kriminelle werden wahrscheinlich im Prozess des Geld-

transfers verstärkt Schein-Unternehmen und Unternehmen mit Sitz in Offshore-Ländern mit schwachen Richtlinien zur Bekämpfung der Geldwäsche einsetzen, um Bareinzahlungen zu erhalten, die später in andere Länder überwiesen werden.

- Der Immobilien- und Bausektor wird für Geldwäsche sowohl im Hinblick auf Investitionen als auch als Rechtfertigung für den Geldverkehr noch attraktiver werden.
- Migrantenschmuggel: Obwohl die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise in Europa noch nicht klar sind, wird erwartet, dass die Auswirkungen auf die Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern noch stärker sind. Eine anhaltende wirtschaftliche Instabilität und der anhaltende Mangel an Möglichkeiten in einigen afrikanischen Volkswirtschaften können mittelfristig eine weitere Welle irregulärer Migration in die EU auslösen.

Phase 3 - die langfristigen Auswirkungen

- Das organisierte Verbrechen ist sehr anpassungsfähig und hat gezeigt, dass es in der Lage ist, langfristig Gewinne aus Krisen wie dem Ende des Kalten Krieges oder die der Weltwirtschaft 2007 und 2008 zu ziehen.
- Gemeinschaften, insbesondere schutzbedürftige Gruppen, werden in Krisenzeiten tendenziell besser für das organisierte Verbrechen zugänglich. Wirtschaftliche Schwierigkeiten machen die Gemeinschaften empfänglicher für be-

stimmte Angebote, wie z. B. billigere gefälschte Waren oder Rekrutierung für kriminelle Aktivitäten.

- Gruppen organisierter Kriminalität vom Typ Mafia werden wahrscheinlich eine Krise und anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten ausnutzen, indem sie schutzbedürftige junge Menschen rekrutieren, sich bei Kredithaien, Erpressung und Gaunereien zu beteiligen.
- Das organisierte Verbrechen tritt nicht isoliert auf, und der Zustand der Gesamtwirtschaft spielt eine Schlüsselrolle. Eine Krise führt häufig zu Veränderungen der Verbrauchernachfrage bei Waren und Dienstleistungen. Dies wird zu Verschiebungen auf den kriminellen Märkten führen.



Schlüsselfaktoren mit Auswirkungen auf die Kriminalität während und nach der Pandemie

Mehrere Faktoren haben einen erheblichen Einfluss auf die schwere und organisierte Kriminalität während der COVID-19-Pandemie. Diese Faktoren prägen kriminelles Verhalten und schaffen Schwachstellen. Basierend auf den Erfahrungen aus früheren Krisen ist es wichtig, diese Faktoren zu überwachen, um Entwicklungen vorherzusehen und Warnsignale zu erfassen.

- Online-Aktivitäten: Während der Pandemie verbringen mehr Menschen über den Tag mehr Zeit online für Arbeit und Freizeit. Dies hat die Angriffsmethoden und den Boden erweitert, um verschiedene Arten von Cyber-Angriffen, Betrugsprogrammen und anderen Aktivitäten für normalen Benutzer zu starten.
- Die Nachfrage nach und der Mangel an bestimmten Waren, insbesondere an Produkten und Ausrüstungen für das Gesundheitswesen, forciert zu einem erheblichen Teil die Aktivitäten von Kriminellen in Bezug auf gefälschte und minderwertige Waren und Betrug.
- Zahlungsmethoden: Die Pandemie hat wahrscheinlich Auswirkungen auf die

Zahlungspräferenzen über die Dauer der Pandemie hinaus. Mit der Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit auf Online-Plattformen nehmen Anzahl, Volumen und Häufigkeit bargeldloser Transaktionen zu.

- Wirtschaftlicher Abschwung: Ein potenzieller wirtschaftlicher Abschwung wird die Landschaft der schweren und organisierten Kriminalität grundlegend prägen. Die wirtschaftliche Ungleichheit in Europa macht die organisierte Kriminalität sozial akzeptabler, da diese Gruppen zunehmend wirtschaftlich geschwächte Gemeinschaften infiltrieren, um sich als Anbieter von Arbeit und Dienstleistungen darzustellen.
- Steigende Arbeitslosigkeit und die Verringerung legitimer Investitionen können kriminellen Gruppen größere Chancen bieten, da Einzelpersonen und Organisationen im privaten und öffentlichen Sektor anfälliger für Kompromisse sind. Eine erhöhte soziale Toleranz für gefälschte Waren und die Ausbeutung von Arbeitskräften kann zu unlauterem Wettbewerb, einem höheren Niveau der OK-Infiltration und letztendlich zu illegalen Aktivitäten führen, die einen größeren Anteil am BIP ausmachen.

Dazu Europol's Executive Director Catherine De Bolle:

„Schweres und organisiertes Verbrechen nutzt die sich ändernden Umstände während der Pandemie aus. Von Beginn dieser Krise an hat Europol diese Entwicklungen verfolgt, um den Mitgliedstaaten zu helfen, diese aufkommenden Phänomene zu verstehen und anzugehen. Die vollständigen Auswirkungen der Pandemie - nicht nur auf die Kriminalität, sondern auch auf die Gesellschaft und die Wirtschaft - sind noch nicht ersichtlich. Die Strafverfolgung sollte jedoch darauf vorbereitet sein, auf die Warnsignale reagieren zu können, wenn sich die Welt mit den Folgen der COVID-19-Pandemie befasst. Die internationale Polizeiarbeit muss heute mehr denn je mit der verbesserten Vernetzung sowohl in der physischen als auch in der virtuellen Welt arbeiten. Diese Krise belegt erneut, dass der Austausch kriminalistischer Informationen für die Verbrechensbekämpfung in der Strafverfolgungsgemeinschaft von grundlegender Bedeutung ist. Europol wird weiterhin seine Rolle als Drehscheibe für kriminalistische Informationen für alle Strafverfolgungsorganisationen spielen.“



Europol Executive Director
Catherine De Bolle

Europol hat von Beginn der Pandemie in Europa an die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die schwere und organisierte Kriminalität und den Terrorismus in der EU überwacht. Das Verständnis der laufenden Entwicklungen und ihrer Auswirkungen auf die innere Sicherheit der EU in Krisenzeiten und die Übermittlung dieser Erkenntnisse an unsere Partner-Strafverfolgungsbehörden ist von entscheidender Bedeutung für die Formulierung wirksamer Antworten auf EU- und nationaler Ebene. Die Überwachungsbemühungen von Europol stützen sich in erster Linie auf Beiträge der Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten und unserer Strafverfolgungspartner auf der ganzen Welt.

Jegliche Prognosen oder Vorausschauübungen sind bis zu einem gewissen Grad spekulativ. Ausgehend von Fachwissen und Vorsicht ist es jedoch möglich und notwendig, potenzielle Entwicklungen aufzuzeigen, um Antworten zu formulieren und die Widerstandsfähigkeit gegenüber bevorstehenden Sicherheitsbedrohungen, einschließlich solcher aus schwerer und organisierter Kriminalität, zu stärken. Mit Voraussicht können wir Sicherheitsbedrohungen proaktiv bekämpfen und Prävention betreiben.

<https://www.europol.europa.eu/staying-safe-during-covid-19-what-you-need-to-know>



Smart Prevention in Zeiten von Corona

**Dr. Claudia Heinzelmann,
Prof. h.c. (NМУO) Erich Marks,
Dr. Malte Strathmeier**

Der Deutsche Präventionstag trifft mit seinem Schwerpunktthema „Smart Prevention – Prävention in der digitalen Welt“ wegen der Corona-Krise stärker als beabsichtigt den Zeitgeist.

Die Corona/Covid-19-Pandemie wirbelt die ganze Welt durcheinander, der Krisenzustand ist vieler Orts ausgerufen und Kontaktsperren, vollkommene Lock-Downs, Fall-Statistiken, Todesfall-Hochrechnungen und allgemeine Hiobsbotschaften bestimmen die Medien. Cyberkriminelle nutzen den Corona-Virus für ihre Zwecke und ersinnen, genau wie Betrüger an der Haustür, neue Maschen, wie sie Bürgerinnen und Bürger austricksen können. Rechtspopulisten erdichten Verschwörungstheorien, verbreiten Falsch-Nachrichten rund um die Corona-Krise und instrumentalisieren die resultierenden Probleme, um ihre Propaganda voranzutreiben.

Schwerpunktthema passender als gedacht

Homeoffice ist in aller Munde und teilweise zwangsverordnet. Wegen des Infektionsrisikos müssen viele Mechanismen digital umgestellt werden. Das birgt Chancen aber auch Risiken. Um ein Beispiel zu nennen: Schulen und Kitas mussten im März 2020 schließen, so dass Familien gezwungen waren und sind auf engstem Raum miteinander auszukommen, ohne Ausweichmöglichkeiten wie Spiel- oder Sportplätze, da diese von offizieller Seite ebenfalls geschlossen wurden. Zwar können die Lerninhalte von den Kindern und Jugendlichen auch digital aufgearbeitet werden – eine mögliche Chance also – wobei die Digitalisierung an den meisten Schulen noch nicht so weit fortgeschritten ist, wie es in diesen Zeiten nötig wäre. Kindesmisshandlung und innerfamiliäre Gewalt aber treten durch diese Zustände vermehrt auf, bleiben jedoch öfter als sonst unerkannt – ein Risiko.

Grund dafür ist, dass die üblichen Routinen wie der Gang zur Schule, der Unterricht, das Treffen mit Mitschülern und Sportveranstaltungen weggebrochen sind. Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen sind angewiesen, bei Schülerinnen und Schülern, die online längere Zeit ihre Aufgaben nicht abgerufen haben, telefonisch zu kontaktieren. Das ist die einzige Möglichkeit für die Kontrollinstanz Schule, häusliche Übergriffe zu erkennen und ihnen entgegen zu wirken. Die Verhängung einer Ausgangssperre sollte daher auch weiterhin von den Behörden vermieden werden, da sich sonst die innerfamiliären Missstände noch weiter dramatisch zuspitzen.

Falschinformationen zu Corona verbreiten sich ebenso rasant wie die Infektionen selbst. Auch hier ist Smart Prevention in Form von Aufklärungsstrategien durch die Polizei oder Gesundheitsämter via Twitter und anderen „sozialen“ Medien geboten. Wegen Corona überdenken Politikerinnen und Politiker sowie die gesamte Gesellschaft Traditionen und Gepflogenheiten. Welche (digitalen) Ver-

änderungen es in Zukunft geben wird, kann niemand wissen, dass es sie geben wird, kann aber niemand bestreiten. Bei allem muss die Solidarität und die Zivilcourage hoch gehalten werden. Diese Werte sind gerade jetzt wie auch nach der Krise immens wichtig, damit aus der Krise in Teilen auch eine Chance werden kann.

Digitales Gutachten des 25. Deutschen Präventionstages

Passend zum Schwerpunktthema hat sich der DPT 2020 dazu entschlossen, sein Gutachten nicht wie in den letzten Jahren üblich in Textform anfertigen zu lassen. Seit 2007 beauftragt der DPT eine Expertin oder einen Experten, schriftlich ein Gutachten zum aktuellen Schwerpunktthema zu verfassen. In Berlin (2019) waren an dem Gutachten erstmals neun disziplinübergreifende Gutachter und Gutachterinnen beteiligt. Für das Gutachten 2020 in Kassel fanden sich sogar 17 Fachleute, die aus ihrer Perspektive Fragen zu den Themenkomplexen „Phänomen Digitalisierung“, „Gefährdungen durch Digitalisierung“ und „Chancen durch Digitalisierung“ und „Vision: Smart Prevention“ beantwortet haben, allerdings nicht schriftlich, sondern vor laufender Kamera. Die dabei entstandenen 68 zwei- bis vierminütigen YouTube-Videoclips sind in die Microsite www.smart-prevention.de integriert, die am 27. April 2020 freigeschaltet wird. Die durchweg interdisziplinär arbeitenden Expertinnen und Experten hat der DPT in folgende sechs Themenbereiche gegliedert: Geisteswissenschaften (Kerstin



Demuth, Prof. Dr. Daniel Hajok, PD Dr. Jessica Heesen); Informatik (Prof. Dr.-Ing. Ina Schieferdecker, Dennis Schirmmacher, Arne Schönbohm, Prof. Dr.-Ing Britta Wrede); Kriminologie (Prof. Dr. Bernd Belina, Prof. Dr. Thomas Görgen, Thomas-Gabriel Rüdiger); Pädagogik (Gregory Grund, Gesa Stückmann) Psychologie (Prof. Dr. Judith Ackermann, Prof. Dr. Pia Knoefele); Rechtswissenschaften (Prof. Dr. Christoph Gusy, Prof. Dr. Jan Dirk Roggenkamp, Georg Ungefuk). Die Videos sowie weitere Informationen sind nach unterschiedlichen Kriterien gegliedert und online abrufbar.

Jubiläumskongress von April auf den 28. und 29. September 2020 verschoben

Der Deutsche Präventionstag hat frühestmöglich in enger Abstimmung mit der Stadt Kassel und dem Land Hessen auf die neuen Umstände reagiert und seinen 25. Jahreskongress um fünf Monate verschoben. Die Verschiebung war unumgänglich, da nur so die Verlangsamung der Infektion möglich ist und damit die gesundheitliche Versorgung aufrechterhalten bleibt. Da die Vorbereitungen für den 25. Kongress bereits im März weitgehend abgeschlossen waren, entschied sich der DPT dazu, die eingereichten Inhalte der geplanten Vorträge und Projektpots in einem Online-Katalog zu veröffentlichen: <https://www.praeventionstag.de/go/katalog2020>. So sind zwar die Inhalte des am 7. April veröffentlichten Kataloges, inklusive der Grußworte von Schirmherr Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle und Justizministerin Eva Kühne-Hörmann

nicht mehr vollständig aktuell, aber zumindest für Interessierte archiviert. Etliche Referierende haben bereits jetzt zugesagt, ihre Projekte und Arbeiten auch im September vorzustellen, so dass der Jahreskongress voraussichtlich weitgehend wie geplant abgehalten werden kann.



DPT-Zwischenrufe

Der DPT und das DPT-Institut für angewandte Präventionsforschung (DPT-I) hat bereits vor der Corona-Krise auf breite digitale Verbreitungswege gesetzt. Daher mussten die online abgehaltenen Webinare zum Thema „Sicherheit im Bahnhofsviertel“ nicht verschoben werden. Der DPT hat außerdem in der derzeitigen ungewissen und angespannten Lage ein neues Format ins Leben gerufen: „Zwischenrufe zur Prävention in Zeiten der Corona-Epidemie und von COVID-19“.

Auf der Website des Deutschen Präventionstages sind Aufzeichnungen von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Praxis und Politik im Gespräch mit DPT-Geschäftsführer Erich Marks zu finden: <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/dpt-zwischenrufe>. Unter anderen interviewte Marks den bekannten Kriminologen und ehemaligen niedersächsischen Justizminister Professor Dr. Christian Pfeiffer, die Professorin für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Universität Tübingen Prof. Dr. Rita Haverkamp, den Ordnungs-Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart und Gründungsmitglied des Deutsch Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. Dr. Martin Schairer und den Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) Joachim Schneider. Anfang April sind es bereits 13 Zwischenrufe. Der Deutsche Präventionstag veröffentlicht in den folgenden Wochen und Monaten in unregelmäßiger Regelmäßigkeit jede Woche mehrere Zwischenrufe.

Dr. Claudia Heinzelmann
Leitende Projektmanagerin
DPT – Deutscher Präventionstag

Prof. h.c. (NMUO) Erich Marks
Geschäftsführer DPT – Deutscher Präventionstag

Dr. Malte Strathmeier
Projektmanager Öffentlichkeitsarbeit
DPT – Deutscher Präventionstag
Hannover
E-Mail: autor@pvtweb.de

FLEXIBEL IM EINSATZ

HOCHMOBILE RAUMSYSTEME FÜR DEN SICHERHEITSEKTOR

Unsere Systemgebäude aus standardisierten Raummodulen sind innerhalb kürzester Zeit verfügbar und lassen sich Ihrem individuellen Bedarf einfach und schnell anpassen.

www.fagsi.com

**RAUMLÖSUNGEN VON FAGSI:
FLEXIBEL, SCHNELL VERFÜGBAR UND
PLANUNGSSICHER**

- | Kurzfristig realisierbare Containeranlagen mit flexibler Raumaufteilung
- | Bis zu 70% kürzere Bauzeit als Betongebäude
- | Fixtermine mit Festpreisgarantie für sichere Planung
- | Umbau- und rückbaufähig
- | Wirtschaftliche und nachhaltige Bauweise zum Kauf oder zur Miete
- | Planung und Realisierung aus einer Hand

Contact Tracing im öffentlichen Bereich

Hans-Christian Boos

Jedem einzelnen Menschen stellt sich heute die Frage, wie der Alltag in unserer Welt aussehen wird, bis ein Impfstoff gegen COVID-19 gefunden ist. Es ist deutlich geworden, dass bis dahin eine Rückkehr zu alten Gewohnheiten sofort wieder zu exponentiell steigenden Ansteckungszahlen führen würde. Und um dies zu vermeiden, muss sich ein neues „Normal“ einpendeln. In diesem Zustand spielt die Arbeit der Polizei eine noch wesentlichere Rolle, als dies ohnehin im Alltag der Fall ist.

Nur durch Coaching durch die Ordnungskräfte, deren öffentliche Präsenz und deren stringentes Auftreten, werden wir sicherstellen können, dass sich wahrscheinlich häufig ändernde Regelungen auch eingehalten werden. Das ist die Voraussetzung, das Minimum an wirksamen Maßnahmen zu finden, das zu einem kontrollierten Ablauf der Pandemie erforderlich ist.

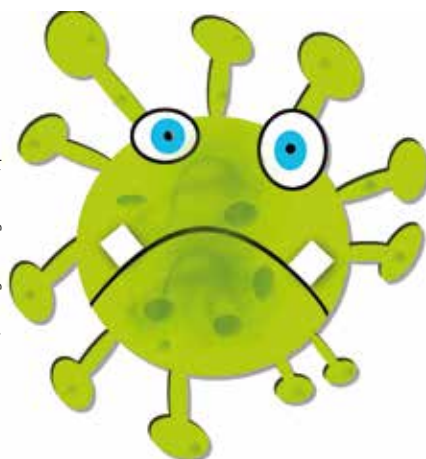
Vor diesem Hintergrund spielt das sogenannte Contact Tracing eine wesentliche Rolle. Es handelt sich dabei um ein altes Verfahren, das schon bei vielen Infektionskrankheiten angewandt wurde. Auch heute basiert die wesentliche erste Antwort auf eine hoch ansteckende Krankheit darauf, dass man einen infizierten Patienten nach all seinen Kontakten fragt, die Art der Kontakte näher beschreiben lässt und diese Kontakte dann selbst befragt. Anhand dieser Befragungen wird dann entschieden, ob zum Beispiel ein möglicherweise Infizierter isoliert werden soll, auf eine Krankheit getestet wird und/oder an weiteren Maßnahmen teilnehmen soll oder sogar muss. Dieses Verfahren wird derzeit bei den Gesundheitsämtern durchgeführt und funktioniert für viele ansteckende Krankheiten einwandfrei. Allerdings haben diese Krankheiten eine wichtige Eigenschaft gemeinsam: Der mögliche Patient zeigt Symptome, während der Phase,

in der eine Ansteckung erfolgen kann. Darum ließ sich beispielsweise SARS relativ leicht eingrenzen, indem man auf wichtigen Verbreitungsrouten Fibermessstationen errichtet und auffällige Reisende genau diesem Verfahren unterzogen hat.

Bei COVID-19 stellt sich das etwas schwieriger da, da die Krankheit für eine größere Anzahl Menschen vollkommen ohne Symptome verläuft und auch bei denen, die einen schweren Verlauf zeigen, ansteckend ist, weit bevor irgendwelche Symptome auftreten. Das führt dazu, dass man einige Infizierte gar nie finden kann, obwohl sie andere angesteckt haben und bei einer weiteren großen Gruppe viele Tage in der Vergangenheit aus dem Gedächtnis die Kontakte rekonstruieren müsste, um erfolgreich die Infektionsketten zu erkennen und dadurch dann die Infektion durch geeignete Maßnahmen eindämmen kann.

Smartphones nutzen

Hier kommt die digitale Technik, die fast jeder von uns mit sich trägt, gerade recht. Denn wenn man ein Smartphone etwas zweckentfremdet, kann man es verwenden, um den Abstand zu einem anderen Smartphone zu messen. Versuche des Fraunhofer Heinrich-Hertz-Instituts haben gezeigt, dass dieses Verfahren auch zuverlässig funktioniert, wenn die Telefone einmal in der Brust-, das andere Mal in der Gesäß- und natürlich auch in der Handtasche getragen werden. So lässt sich, vollkommen ohne Erhebung irgendwelcher persönlichen Daten der Abstand zwischen zwei vollkommen anonymen Menschen messen und die Zeitdauer für einen Kontakt erfassen. Wird ein so ausgestatteter Mensch nun positiv auf COVID 19 getestet, so kann man statt eines löchrigen Gedächtnisprotokolls ein zuverlässiges Protokoll zumindest derjenigen, die sich an der freiwilligen Erfassung von Kontakten beteiligen, erstellen. Über ebenfalls anonyme Verfahren können diese Kontaktpersonen dann benachrichtigt werden und zum Beispiel zur Selbstisolation aufgefordert, zu einem Test geschickt oder zum Gesundheitsamt gebeten werden, wo dann eine förmliche Quarantäneanordnung ausgesprochen werden könnte. Alle jetzt zur Diskussion stehenden Verfahren setzen dabei auf Freiwilligkeit und auf



Quelle: guntner gumhold, pixelio.de

Anonymität, das heißt nur ein Nutzer selbst kann seine reale Identität, zum Beispiel dem Gesundheitsamt mitteilen.

Für alle Kräfte der Polizei ist die Teilnahme an einem solchen Verfahren sinnvoll und wichtig. Gerade weil ein Großteil der Ordnungskräfte extrem viel Menschenkontakt hat. Und selbst diejenigen, die im Innendienst arbeiten, müssen mit genau den außen arbeitenden Kollegen im wahrsten Sinne des Wortes eng zusammenarbeiten. Aufgrund dessen besteht für die gesamten Ordnungskräfte – wie für viele andere jetzt offensichtlich als systemrelevant erkannten Berufe – eine erhöhte Infektionsgefahr. Das zieht natürlich auch eine erhöhte Gefahr nach sich, dass gerade diese Menschen, die für öffentliche Ordnung und Sicherheit sorgen, auch selbst zu wahren Ansteckungsherden werden können.

Welche Risiken für die Gesamtgesellschaft damit verbunden sind, wenn sich eine Infektion besonders in der Polizei ausbreitet, ist offensichtlich. Und dass solche Ausbreitungen gerade bei gut organisierten, eng zusammenarbeitenden Berufsgruppen vorkommen, zeigen die Beispiele der französischen und amerikanischen Marineschiffe deutlich.

Für die Mitglieder der Ordnungskräfte sollte darum ein besonders erhöhtes Eigeninteresse zur Teilnahme an einem digitalen Contact Tracing bestehen. Das hat nicht nur mit der Vorbildfunktion zu tun. Insbesondere dient es zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen und letztendlich auch zum Selbstschutz.

Nutzen des Contact Tracings

Ist ein solches Tracing erst einmal bei einem größeren Teil der Bevölkerung aktiv, so werden gleich mehrere Pfade zum Management der Pandemie eröffnet. Erstens können in bereits beschriebener Manie einzelne Infektionsketten erkannt und hoffentlich klein gehalten werden. Zweitens kann aber auch die Wirksamkeit von bestimmten Maßnahmen

schneller überprüft werden. Das erlaubt eine schnelle Nachjustierung und damit eine Minimierung von Maßnahmen, die für uns alle als Menschen und für unsere Wirtschaft als Lebensgrundlage so wichtig ist.

Wir müssen uns verdeutlichen, dass es eine Pandemie dieses Ausmaßes in einer global so vernetzten Welt, die gleichzeitig lokal so sozialaktiv ist wie heute, noch nie gegeben hat. Zudem ist über den Erreger – was jeden, der sich mit seriöser Forschung beschäftigt nicht verwundern darf – relativ wenig bekannt. Darum sind viele Maßnahmen nicht wissenschaftlich getestet, sondern beruhen auf gut begründeten Annahmen, müssen aber in ihrer tatsächlichen Wirksamkeit erst erprobt werden. Je schneller man solche Erprobungen auch in messbaren Ergebnissen einsehen kann, desto besser kann man Maßnahmen bewerten und verwalten.



Atemschutzmaske in der Öffentlichkeit – kein ungewohnter Anblick mehr

Aufregung darüber, dass zum Beispiel das Tragen von Masken zuerst nicht empfohlen wurde und jetzt gar zur Pflicht werden soll, ist nicht angebracht. Wenn wir bei einem

minimalen Maßnahmenpaket landen wollen, dann ist es wichtig solche Vermutungen schnell zu prüfen.

Die besondere Exponiertheit der Ordnungskräfte kann in regelmäßigeren Tests aufgefangen werden. Wenn dann das Contact Tracing auch genutzt wird, können die Szenarien von Beamten als großen Ansteckungsherden oder sich intern propagierenden Ansteckungen vermieden werden. Gleichzeitig ergibt sich so ein viel schnelleres Bild über den Erfolg von Einzelmaßnahmen auf den Straßen, in den Häusern und Geschäften, weil man über eine gut getestete Kontrollgruppe verfügt.

Das führt einerseits zu stark verbessertem Selbstschutz und sorgt dafür, dass zwischen der Einführung und der Bewertung einer Maßnahme nicht länger mehr als drei Wochen liegen müssen.

Fazit

Für mindestens die nächsten 18 Monate, werden wir starke Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens sehen und die Verantwortung aller Ordnungskräfte nicht nur zur Durchsetzung von Maßnahmen und Geboten, sondern auch darin, den Bürgern zur Seite zu stehen, steigt. Das bei gleichzeitig steigendem Risiko für jeden einzelnen Mitarbeiter der Ordnungskräfte. Der Einsatz von Contact Tracing Technologie kann hier zu verbessertem Schutz für Kolleginnen und Kollegen, zu besserem Selbstschutz und auch zu einer wesentlich schnelleren Optimierung der tatsächlich notwendigen Maßnahmen führen.

Hans-Christian Boos

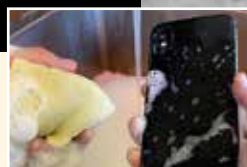
Gründer, arago GmbH, Mitglied des Digitalrats der Bundesregierung Frankfurt am Main
E-Mail: autor@pvtweb.de

Robuste Smartphones von Cat phones machen jeden Einsatz mit und lassen sich besonders gründlich reinigen

In der aktuellen Corona-Krise sind Polizistinnen, Polizisten und Sicherheitskräfte im vollen Einsatz für die Bürger. Deshalb brauchen sie ein Smartphone, das mit ihnen Schritt hält und sich gründlich reinigen lässt. Denn Bakterien, Viren oder Keime können sich von einem Telefon auf unsere Hände übertragen.

Gründliche Reinigung – kein Problem für die robusten Smartphones und Featurephones von Branchenführer Cat phones: Cat Phones können mit Seifenwasser, Desinfektionsmittel, Chemikalien, Alkohol und bei einigen Modellen sogar mit Reinigern auf Chlorbasis gereinigt werden.

Cat Phones bieten darüber hinaus Robustheit nach Militärstandard, sind sehr stabil und halten Stürze und extrem hohe und niedrige Temperaturen aus. Die Geräte sind schmutz-, staub- und wasserdicht und ausgestattet mit der Schutzklasse IP68. Das Cat S52 ist sehr robust und gleichzeitig außergewöhnlich dünn und liegt somit optimal in der Hand. Das Cat S61 bietet neben herausragender Robustheit eine integrierte FLIR Wärmebildkamera, mit der unterschiedliche Oberflächentemperaturen visualisiert werden. Alle physischen Dinge, auch Menschen, strahlen Infrarotenergie aus, die von einer Wärmebildkamera erfasst werden kann. Weitere Informationen über Cat phones finden Sie unter <http://www.catphones.com>.



Erst observieren – dann Zugriff:



Seit 1956 die Fachzeitschrift für Innere Sicherheit – die pvt POLIZEI VERKEHR + TECHNIK blickt auf eine lange Tradition zurück. Und hat immer den aktuellen Fokus auf alle polizeitechnischen Themen. Besondere Polizeilagen, neuste Führungs- und Einsatzmittel und die digitalen Trends. Mit pvt sind Sie bestens für alle Entwicklungen gewappnet – ob in Führungsebene oder auf täglicher Streife.

Lesen Sie jetzt die pvt zur Probe und erhalten 3 Ausgaben als ePaper kostenfrei!

Die Bestellung ist über unsere Webseite www.pvtweb.de unter der Rubrik Abonnements möglich. Das Probeabo endet automatisch ohne Abmeldung.

Herausgeber



Ministerialdirektor Dr. Christian Klos
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Präsident Dr. Dieter Romann
Bundespolizeipräsidium



Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder
Andreas Backhoff, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat



Präsident Professor Dr. Hans-Jürgen Lange
Deutsche Hochschule der Polizei



Landespolizeipräsident Prof. Dr. jur. Wilhelm Schmidbauer
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration



Senatsdirigent Klaus Zuch
Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin



Landespolizeipräsident Lutz Müller
Der Senator für Inneres, Freie und Hansestadt Bremen



Leitende Kriminaldirektorin Kathrin Hennings
Behörde für Inneres und Sport, Freie und Hansestadt Hamburg



Landespolizeipräsident Udo Münch
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport



Ministerialdirigent Frank Niehörster
Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern



Landespolizeipräsident Axel Brockmann
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport



Ministerialdirigentin Dr. Daniela Lesmeister
Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerialdirigent Joachim Laux
Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz



Ministerialrat Stefan Spaniol
Ministerium für Inneres und Sport, Saarland



Landespolizeipräsident Horst Kretschmar
Staatsministerium des Innern, Sachsen



Ministerialdirigentin Christiane Bergmann
Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt



Ministerialdirigent Dr. Torsten Holleck
Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration Schleswig-Holstein



Ministerialdirigent Michael Schulze
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

Impressum

VERLAG

EMW Exhibition & Media Wehrstedt GmbH
Hagenbreite 9, 06463 Falkenstein/Harz,
OT Ermsleben
Tel.: +49 34743 – 62 090
Fax: +49 34743 – 62 091
Email: info@wehrstedt.org
Internet: www.Wehrstedt.org
Geschäftsführer: Dr. Uwe Wehrstedt
Amtsgericht Stendal HRB 111856

REDAKTION

Leitender Redakteur und Verleger:
Dr. Uwe Wehrstedt
E-Mail: redaktion@pvtweb.de

REDAKTIONELLE MITARBEIT

Cybersicherheit:

Michael Bartsch
E-Mail: redaktion@pvtweb.de

Technologie:

Marcus Heide
E-Mail: redaktion@pvtweb.de

Waffen und Geräte / Persönliche Ausrüstung:

Michael Waldbrenner
E-Mail: redaktion@pvtweb.de

Kurznachrichten:

Kathleen Pfannenschmidt
E-Mail: redaktion@pvtweb.de

Abonnementservice:

Elke Wehrstedt
Tel.: +49 34743 – 62 090
Fax: +49 34743 – 62 091
E-Mail: elke.wehrstedt@wehrstedt.org
Bezugsbedingungen: Erscheint zum 15. eines ungeraden Monats. Bestellung direkt beim Verlag EMW Exhibition & Media Wehrstedt GmbH, s. oben. Die Mindestbezugsdauer beträgt 12 Monate. Kündigungen 3 Monate zum Jahresende. Abonnement ePaper € 22,00 jährlich, Druck Inland: € 42,00 jährlich inkl. Versand; Kombi ePaper + Druck Inland: € 49,00 jährlich inkl. Versand; Druck Ausland: € 48,30 jährlich inkl. Versand; Kombi ePaper + Druck Ausland: € 55,00 inkl. Versand
Bankverbindung: Deutsche Bank, BLZ 860 700 24, Konto-Nr. 60 30 37 3, IBAN: DE29 8607 0024 0603 0373 00, BIC: DEUTDE33HAN30, ISSN 0722-5962

Anzeigenservice:

Fabian Lemm und Dorina Allenfort
EMW Exhibition & Media Wehrstedt GmbH
Hagenbreite 9, 06463 Falkenstein/Harz,
OT Ermsleben, Tel.: +49 34743 – 62 090,
Fax: +49 34743 – 62 091
E-Mail: fabian.lemm@wehrstedt.org
E-Mail: dorina.allenfort@wehrstedt.org
Internet: www.Wehrstedt.org
Berechnung der Anzeigen erfolgt unter Zugrundelegung der Preisliste Nr. 39 vom 01.11.2019.
Mit Namen oder Initialen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber, der Redaktion oder des Verlages wieder. Für amtliche Veröffentlichungen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Durch Annahme eines Manuskriptes erwirkt der Verlag auch das Recht zur teilweisen Veröffentlichung, Übersetzung etc. Honorarabrechnung erfolgt grundsätzlich nach Veröffentlichung. Bei allen zur Veröffentlichung bestimmten Zuschriften behält sich die Redaktion das Recht von Kürzungen vor.
© 2020 für alle Beiträge by EMW Exhibition & Media Wehrstedt GmbH
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Produktion, Umbruch und Layout:

CREATIV.CONSULTING GmbH, 53340 Meckenheim

Druckausfertigung:

DCM Druck Center Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim

GPEC® digital 2021

Das Update für Innere Sicherheit: Spezialmesse und Tagungen!

24. + 25.03.
2021
München

Führend auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit, schafft die Fachmesse mit Konferenzen GPEC® für alle Sach- und Ausrüstungsgebiete der Inneren Sicherheit regelmäßig das Branchenforum für Top-Aussteller und tausende Besucher aus aller Welt. Mit der Fokussierung auf alle Digitalisierungsthemen der Inneren Sicherheit wurde erstmals 2019 die ebenso international ausgerichtete GPEC® digital organisiert. Sie wird separat jeweils in den ungeraden Zwischenjahren und in den geraden Kalenderjahren weiterhin als integraler Bestandteil der allumfassenden GPEC® veranstaltet.

Jetzt informieren und anmelden: www.gpecdigital.com!

GPEC®

EMW Exhibition & Media Wehrstedt GmbH
Hagenbreite 9 · 06463 Falkenstein/Harz
E-Mail: info@gpecdigital.com · Internet: www.gpecdigital.com

EMW
EXHIBITION & MEDIA WEHRSTEDT



www.terrorabwehrsperrren.de

4. Terrorabwehrsperrren und Zufahrtsschutz

– Fachtagung und Crashtests –

Terror-Abwehrsysteme, Mobile Fahrzeugsperrren, Zufahrtblockaden,
Perimeterschutz von Veranstaltungen und Infrastruktur



16. und 17. September 2020 in Münster

Für terroristische Anschläge werden Fahrzeuge benutzt, um in Menschenansammlungen zu rasen oder Einrichtungen zu zerstören. Amokfahrten, Raser und Verlust der Fahrzeugkontrolle stellen eine weitere Gefährdung dar.

Diese latente Bedrohung ist allgegenwärtig und bedarf der konsequenten Berücksichtigung sowohl bei Veranstaltungen, an viel besuchten Orten oder Fußgängerzonen als auch an Kritischen Infrastrukturen. Ergänzend zu städtebaulichen Maßnahmen und präventiver Gestaltung des Verkehrsraumes gibt es eine Vielzahl mobiler Sperrren. Allerdings werden neben zertifizierten und bewährten Systemen auch nicht zertifizierte und ungetestete Produkte eingesetzt.

Diese einzigartige, nunmehr vierte Informationsveranstaltung seit 2017 ist auf diese Problematik fokussiert und dient dem aktuellen Informationsaustausch, der Aufklärung, dem Fachwissentransfer und Netzwerken sowie dem Test entsprechender Schutzsysteme.

Inhalte:

- Fachvorträge zu terroristischen Anschlägen mit Fahrzeugen und Lösungsmöglichkeiten zur Absicherung von Veranstaltungen, Fußgängerzonen und Kritischer Infrastruktur
- Live Crashtests mit Pkw und Lkw zur Erprobung aktueller Systeme
- Produktpräsentationen (Aussteller)

Veranstalter:

EMW Exhibition & Media Wehrstedt GmbH
Veranstalter der Internationalen Fachmesse für Innere Sicherheit GPEC® sowie Verleger der pvt POLIZEIVERKEHR + TECHNIK

Teilnahmegebühren Fachtagung:

(Preise inkl. 19% MwSt.)

- Öffentlicher Dienst: **115,00 €**
- Wirtschaft: **495,00 €**

Anmeldung unter: www.terrorabwehrsperrren.de

Zielgruppen:

Polizei, Ordnungs- und Bauämter,
Bundeswehr, Ministerien, Hersteller,
Verbände und Organisationen, Medien

Veranstaltungsort:



CTS crashtest-service.com GmbH in Münster
Das Kompetenzzentrum und akkreditiertes Prüflabor für Fahrzeugrückhaltesysteme mit einer der weltweit größten Crashtest-Anlagen (www.crashtest-service.com).

Anfragen für Aussteller und Crashtests:

EMW Exhibition & Media Wehrstedt GmbH
Hagenbreite 9, 06463 Falkenstein/Harz, OT Ermsleben
Telefon: +49 34743 62090 / Telefax: +49 34743 62091
E-Mail: info@GPEC.de

Anfragen Aussteller & Crash-Test-Beteiligung an: info@GPEC.de